Landkreis weiter gegen Tempo 30

Nach einem weiteren Unfall in der Westerbecker S-Kurve im Januar 2017 haben wir einen Pressebericht der betroffenen Anwohner zum Anlass genommen, um die Problematik mit einem „Offenen Brief“ an den Landrat Herrn Dr. Ebel heranzutragen.

Unsere Wählergemeinschaft hat in den letzten Jahren immer wieder auf mehrere verkehrstechnische Problemstellen im gesamten Gemeindegebiet, besonders in der Ortschaft Westerbeck, hingewiesen und pragmatische Lösungsansätze angeboten. Neben dem Dannenbütteler Weg haben wir auch mit Anträgen über die Gemeinde Sassenburg versucht, eine Verringerung des Risikopotentials in der Westerbecker Ortsdurchfahrt, der Hauptstraße, zu erreichen.

Direkt nach dem Unfall mit dem Schweinetransporter im Juli 2016 haben wir einen umfassenden Antrag gestellt, um im gefährlichen S-Kurvenbereich ein Tempo 30, mindestens für den LKW-Verkehr über 7,5 Tonnen, mit entsprechenden Hinweisschildern, über eine Anordnung des Landkreises zu erzielen.

Bei der im Oktober 2016 mit Vertretern aus Politik, des Landkreises Gifhorn und der niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr durchgeführten Verkehrsschau wurden all unsere Wünsche, pauschal und ohne näher auf den Sachverhalt einzugehen, abgelehnt.

Da wir Lokalpolitiker die Situation vor Ort Tag für Tag erleben, können wir den Handlungsbedarf am Besten einschätzen. Daher haben wir den Landrat gebeten, sich dem Thema persönlich anzunehmen und dies zur „Chefsache“ zu erklären.

Leider enthielt die Antwort des Landrates kein positives Statement zur Umsetzung der gewünschten Maßnahmen. Der Landkreis hat in Abstimmung mit der Polizei und der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau nur die Aufstellung von reflektierenden Richtungstafeln angeordnet. Diese Tafeln wurden mittlerweile aufgestellt.

Lesen Sie den vollständigen „Offenen Brief“ an den Landrat Herrn Dr. Ebel und dessen Antwort auf unserer Internetseite im Bereich Westerbeck:

http://big-sassenburg.de/Themen_Westerbeck.html

Wie in der Fotomontage dargestellt, wurde die Aufstellung der Hinweis- und Gebotschilder für beide Fahrtrichtungen beantragt.

Wir werden an diesem Thema weiterhin dranbleiben! Was muss noch alles passieren, dass der Landkreis reagiert?

Bewohner in Ferienhausgebieten müssen demnächst zweiten Wohnsitz nachweisen

Die Bewohner in den Sassenburger Ferienhausgebieten, wie beispielweise am Stüder Bernsteinsee, müssen demnächst einen zweiten Wohnsitz nachweisen.

Gemeindebürgermeister Arms hatte in der letzten Ratssitzung innerhalb der Einwohnerfragestunde aufgrund einer Anfrage eines ehemaligen SPD-Ratsmitgliedes erklärt, dass alle Bewohner demnächst von der Verwaltung dazu angeschrieben werden.

Die Rechtslage sei bestätigt, dass ein dauerhaftes Wohnen in Ferienhausgebieten mit keinem weiteren Wohnsitz nicht zulässig ist. Offen bleibt, welche Folgen es letztendlich haben wird, ob und wie Maßnahmen umgesetzt werden, wenn der Nachweis nicht erfolgen kann.

Aufgrund der bisherigen Vermarktungsstrategie mit Aussagen „...erster Wohnsitz möglich“ oder „... Wunschzuhause“ der Betreibergesellschaft oder der Bauträger ist es zu bezweifeln, dass dieser Umstand allen Käufern der Grundstücke vollständig bewusst war und mit offenen Karten gespielt wurde. Die zulässige Größe der Häuser mit bis zu 120 m² Wohnfläche, hinterlässt zudem nicht mehr den Eindruck eines reinen Ferienhauses.

Die Bewohner der Feriengebiete dürfen keinesfalls für eine verfehlte Bauleitplanung und ein „Wegsehen“ der Gemeindeverwaltung und CDU/SPD-Mehrheitsfraktionen im Gemeinderat im nachhinein haftbar gemacht werden.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, welche Problematik für die Ferienhausgebiete besteht und welche erheblichen, besonders finanziellen Risiken damit für die Gemeinde verbunden sind. Wir haben aus diesem Grund gegen die Bauplanung und die damit verbundene Legalisierung der vorhandenen „Schwarzbauten“ gestimmt.

Protokolle müssen stimmen

Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat nach einer mündlichen Verhandlung Ende Februar entschieden, dass das Protokoll einer Ratssitzung aus Jahr dem 2014 inhaltlich ergänz werden muss.

Damit hat das Gericht unsere grundsätzliche Rechtsauffassung zur Führung von Protokollen bestätigt. Bei einem Protokoll kommt es nicht darauf an, wer Recht hat oder nicht, will oder nicht will, sondern den sehr wichtigen Zweck, dass Geschehen und das gesprochene Wort einer Sitzung neutral sowie wahrheitsgemäß festzuhalten.

Was war geschehen? Während der Sitzung in der Westerbecker Mehrzweckhalle zum Thema „Errichtung eines Schweineendmaststalls“ im Jahr 2014 war Andreas Kautzsch bei seinem Redebeitrag vom Ratsvorsitzenden mehrfach mit dem Hinweis auf Überschreitung der Redezeit unterbrochen worden, obwohl keine Redezeitbegrenzung festgelegt wurde. Die Geschehnisse dazu, sowie ein Änderungsantrag zur Ergänzung des Protokolls, sollten aufgenommen werden.

Neben dem für uns voll zufrieden stellenden Urteil hat das Gericht in der mündlichen Verhandlung weitere wichtige Aussagen zur Protokollführung getroffen, welche zum Beispiel auch ein strittiges Protokoll der Sitzung des Westerbecker Ortrates anwendbar sind. Aufgrund der Verhandlung bestehen dafür sehr gute Erfolgsaussichten, dazu eine Korrektur durchsetzen zu können, wobei ein weiteres Verfahren zunächst nicht angestrebt wird. Wir hoffen auf eine nachträgliche gütliche Einigung!

Mit dem Urteil wurde zum dritten Mal weitestgehend unserer Rechtsauffassung zu bisher nicht eindeutig beschriebenen Grundsatzthemen gerichtlich gefolgt. Wir werden uns auch zukünftig nicht in unseren demokratischen Grundrechten einschränken oder das Wort verbieten lassen.

Auch wenn (wie immer) durch die Presse und den Bürgermeister der Erfolg schlechtgeredet wird, können Sie versichert sein, dass das Ergebnis unsere nachhaltige Oppositionsarbeit extrem gestärkt hat.

Warum sollte der Bürgermeister auch sonst sofort eine Revision vor dem Oberverwaltungsgericht angekündigt haben? Macht man das wirklich, wenn doch das Ergebnis für uns eine Niederlage sein sollte? Entscheiden Sie selbst!

Keine neuen Konzepte für Veranstaltungen in Westerbeck erwünscht

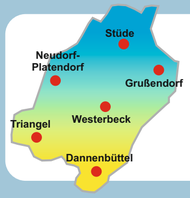
Im letzten Jahr hatten wir erfolgreich ein neues Konzept für die Feier zur Maibaumaufstellung umgesetzt. Durch ein Party-Zelt mit Musik vom Discjockey, einem Bierwagen, einer Hüpfburg für die Kleinen und Hinweisschilder an den Ortseingängen wurden so viele Besucher angezogen wie noch nie zuvor. Da der 30. April dieses Jahr auf einen Sonntag fällt, wollten wir auf dem Konzept des letzten Jahres aufbauend, ein großes Familienfest, unter Federführung des Ortsrates, am Sonntagnachmittag organisieren. Leider lassen sich die anderen Mitglieder des Ortsrates unverständlicherweise nicht begeistern, sodass unsere Vorplanungen wieder eingestellt wurden.

Da im nächsten Jahr in Westerbeck wieder die Durchführung eines Fasselumzug eingeplant wird, hatten wir angeregt, die traditionelle, aber vor vielen Jahren eingestellte Fassel-Abendveranstaltung wiederzubeleben. So könnte beispielsweise eine Zusammenarbeit mit dem Sassenburger Kulterverein angestrebt werden, und ein gemeinsames buntes Programm mit Musik und Büttenreden organisiert werden. Leider fanden auch dazu unsere Vorschlage keine Zustimmung. Sicher können wir nicht voraus sagen, ob oder wie eine solche Veranstaltung angenommen wird, aber nur der Versuch macht schlau!

Gerne stellt Ihnen die B.I.G.-Sassenburg unabhängige Informationen wie diesen Flyer zur Verfügung.
Wenn Sie unsere Arbeit finanziell unterstützen möchten, können Sie die folgende Bankverbindung nutzen:

Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg IBAN: DE65 2695 1311 0161 2994 41

B.I.G.-Sassenburg, Ringstr. 30, 38524 Sassenburg, Tel.: 05371-6189014, E-Mail: info@big-sassenburg.de



Bürger-Interessen-Gemeinschaft
B.I.G. - Sassenburg

CDU/SPD und Bürgermeister drehen an der Steuerschraube

Während der Haushaltberatung in der letzten Ratssitzung ließen Vertreter der CDU- und SPD-Fraktion sowie Bürgermeister Arms „die Bombe platzen“, dass eine Erhöhung der kommunalen Steuern kein Tabu mehr sei.

Aufgrund von fast sieben Millionen Euro Schulden und der desolaten Finanzlage ist daher spätestens im nächsten Jahr davon auszugehen, dass die kommunalen Steuern, wie zum Beispiel die Grundsteuer, deutlich erhöht werden.

Landkreis bleibt hart!

Andreas Kautzsch schreibt „Offenen Brief“ an den Landrat

Kostensteigerungen bei allen Bauvorhaben

Mehrere hunderttausend Euro belasten das Budget zusätzlich

Postwurfsendung an alle Haushalte

Haushalt 2017

Mit dem Haushalt 2017 wird einen neuer negativer Rekord der letzten 10 Jahre erreicht, denn der Schuldendenstand wird an der 7-Millionen-Euro-Grenze kratzen.

Zählt man dann noch die nicht im Haushalt enthaltenen, aber definitiv anfallenden Mehrkosten von mehreren hunderttausend Euro für den Neubau der Westerbecker Schulsporthalle hinzu, wird die 7-Millionen-Euro-Grenze locker überschritten werden. Zahlen aus den Presseberichten sind falsch! Und das bei einem Haushalt, in dem keine neuen großen Vorhaben gestartet werden. Selbst das „normale Leben“ der Gemeinde Sassenburg trägt sich nicht mehr von selbst.

Vor Ende der Haushaltsberatung ließen Vertreter der CDU- und SPD-Fraktion sowie Bürgermeister Arms „die Bombe platzen“, dass eine Erhöhung der kommunalen Steuern kein Tabu mehr sei. Aufgrund der Finanzlage ist daher davon auszugehen, dass die kommunalen Steuern wie die Grundsteuer spätestens zum nächsten Jahr deutlich erhöht werden.

Die B.I.G.-Sassenburg wird Steuererhöhungen definitiv nicht mittragen! Wir halten unser Wort!

Die Steuererhöhungen sind jetzt Folge des jahrelangen Missmanagements. Wir sind daher gefordert, jede Position im Haushalt genau zu hinterfragen. Hinterfragen ist kein Verzögern, wie es die Presse berichtet hat, sondern verantwortungsvolles Handeln.

Auf der Seite der Einnahmen ist der Ansatz für die Gewerbesteuer gesunken, obwohl wir im „Gewerbegebiet Rohrwiesen“ viele Grundstücke verkauft haben und es angeblich „brummt“. Nein – es brummt nicht, denn ein Großteil der Grundstücke liegt brach oder wird sogar als Bauschuttdeponie missbraucht. Bei vielen Vorhaben ist zudem schon vom Businessplan her mit keinen nennenswerten Einnahmen für uns als Gemeinde zu rechnen. Mit Lagerflächen und Stellplätzen lassen sich keine Steuereinahmen generieren.

Damit sich etwas verändert, müssen die großen Fraktionen ihre Vergabepolitik überdenken. Wir dürfen nur Betriebe ansiedeln, welche mit einer hohen Wertschöpfung tatsächlich aus den geförderten Grundstücken die erhofften Einnahmen erwirtschaften.

Einnahmen durch die stetige Erhöhung der Friedhofsgebühren zu steigern, lehnen wir strikt ab. Den Tod, und die Geschäfte damit, darf man nicht mit einer eiskalten Wirtschaftlichkeitsberechnung betrachten, wo viel zu hohe Gesamtkosten mit einem zu großen Verwaltungsanteil, einfach durch die Anzahl der Todesfälle geteilt wird. Das Betreiben und die Pflege von Friedhöfen muss weitestgehend durch die Allgemeinkosten, wie die Pflege von Grünanlagen, erfolgen.

Für die Pflege der Grünanlagen konnte nur durch unsere Hartnäckigkeit durchgesetzt werden, dass das Personalbudget deutlich erhöht wird.

Wenig Geld für die Kinderbetreuung und Bildung

Da keine großen Sprünge bei den Einnahmen zu erwarten sind, müssen wir Ausgaben kritisch betrachten, welche keinerlei Nutzen haben oder unnötig sind.

Dazu zählt zum Beispiel der Ausbau des Wirtschaftsweges in Dannenbüttel oder Planungen für einen Neubau eines Rathauses, bei dem jetzt schon von großen Glasfronten geträumt wird.

Nach dem Beschluss für ein Konzept kommen dann wie immer extreme Kostensteigerungen. Bestes Beispiel dafür ist die Entscheidung für einen Neubau der Kita in Triangel. Schon heute wissen wir, dass der beschlossene Neubau nicht zu der kalkulierten Kostenschätzung errichtet werden kann.

Im Gegensatz dazu stehen dann die jährlich wiederkehrenden Diskussionen zur Ausstattung der Schulen oder deren Sonderwünsche. Haben wir Politiker eine ausreichende Fachkenntnis, um die Einschätzungen der Schulleitungen anzuzweifeln?

Daher war die von der SPD-Fraktion geführte Diskussion zur Ausstattung der Schulen mit moderner Technik, wie beispielsweise digitale Schultafeln, ab der ersten Klasse absolut unnötig. Bildung und Kinderbetreuung muss den allerhöchsten Stellenwert haben.

Quelle: Hersteller Hitachi

Dafür haben wir uns stark gemacht und werden dies auch weiterhin mit realitätsnahen Bedarfseinschätzungen tun.

Wir werden weiter dafür kämpfen, dass schnellstmöglich weitere Kapazitäten für die Kinderbetreuung und in den Schulen geschaffen werden, damit die unzähligen und unliebsamen Provisorien, besonders die Containerlösungen, ein Ende finden. Sollten keine Kapazitäten in der Verwaltung vorhanden sein, müssen wir diese Kapazität schaffen oder einkaufen.

Viele Risiken im Haushalt und beängstigende Aussichten

Wir möchten hoffen, dass der Haushalt 2017 das laufende Jahr übersteht und nicht wie zum Haushalt des Vorjahres, noch vor dessen Genehmigung ein Nachtragshaushalt mit hoher Neukreditaufnahme folgen muss, weil Risiken und Bedarfe falsch eingeschätzt wurden.

Risiken, die auch in diesem Jahr vorhanden sind. Beispielsweise ist noch nicht abschätzbar, mit welchem Aufwand und wann das Dach der Westerbecker Sassenburg-Grundschule saniert werden muss.

Sollten sich Feuchtigkeit und Schwarzschimmel weiter ausgebreitet haben, könnte der Schaden kurzfristig hohe sechsstellige Beträge, bis hin zu einem wirtschaftlichen Totalschaden, verschlingen. Zusätzlich bestehen noch erhebliche Risiken bei den im Bau befindlichen Gebäuden, wie schon die erwähnte Schulsporthalle und die Kita-Erweiterungen.

Die Gesamtkosten für diese kleinen Bauten in einfachster Holzständer-/Spannplattenbauwesie in Großendorf und Neudorf-Platendorf kratzen schon jetzt an der 2-Millionen-Euro-Grenze. Mehrere über- und außerplanmäßige Ausgaben werden auf uns zukommen.

Der Ausblick auf die nächsten Jahre ist beängstigend!

Viele der Vorhaben wurden erst einmal in das Jahr 2018 verschoben, obwohl wir jetzt schon wissen, dass diese auf einen Schlag nicht abzuwickeln sind. Nicht nur aus Kapazitätsgründen, sondern besonders aus finanzieller Sicht. Ansätze beispielsweise für den Neubau des Feuerwehrgeräte- und Dorfgemeinschaftshaues in Großendorf sind mit absolut unrealistischen Zahlen festgeschrieben.

Alles Gründe, warum wir dem Haushalt 2017 und der Investitionsplanung 2018 - 2020 nicht zugestimmt haben.

Unsere Änderungsanträge zum Haushalt 2017

Andreas Kautzsch
Ich stelle den Antrag, den Ausbau eines Wirtschaftsweges für über 133.000 € in Dannenbüttel ersatzlos zu streichen, da weder Anlieger noch Nutzer den Ausbau wünschen.
Ich stelle zudem den Antrag, den Ansatz für den Neubau der Kita Dannenbüttel von 30.000 € ausschließlich für Planungskosten auf insgesamt 830.000 € zu erhöhen, damit ein Baubeginn bereits im Jahr 2017 möglich ist.

Steffen Proschani
Ich beantrage, die vorgesehenen Planungskosten von 30.000 € für den Neubau eines Rathauses komplett zu streichen, da wichtigere Projekte, wie z. B. die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen, die Erweiterungen der Grundschulen und der Mehrzweckhalle/Gerätehaus in Neudorf-Plattendorf in der Gemeinde Sassenburg Vorrang haben sollten.

Fabian Hoffmann
Ich beantrage eine Änderung des Haushaltsansatzes für die Planung zur Erweiterung der „Findorff-Grundschule“ in Neudorf-Platendorf von 30.000 € auf 50.000 € zu erhöhen, um im Jahr 2017 eine komplette Umgestaltung des Mittelpunkts incl. Mehrzweckhalle und Feuerwehrgerätehaus planerisch untersuchen zu können. Nur eine zusammenhängende Planung ist sinnvoll.

Felix Zwerner
Ich beantrage, dass die im Haushalt aufgestellte Summe von zusätzlichen 8.000 € für Stromkosten zum nächtlichen Durchbrennen der Straßenbeleuchtung zur Verfügung gestellt wird, um ein Konzept zur Umrüstung aller Straßenlaternen im Gemeindegebiet mit zukunftsorientierter, intelligenter und bedarfsgerechter statt einfacher LED Technik zu erstellen.

Geschäftsordnung geändert

Der Gemeinderat hat mit den Stimmen von SPD und CDU in seiner zweiten Sitzung seinen Handlungsspielraum zu Gunsten der Verwaltung reduziert und die Grundrechte der Mandatsträger selbst eingeschränkt.

So wurde die Redezeit in den Ratssitzungen und Sitzungen der Fachausschüsse und Ortsräte grundsätzlich auf fünf Minuten begrenzt. Unser Änderungsantrag, auf die Redezeitbegrenzung für die Ausschüsse und Ortsräte zu verzichten, da in diesen Sitzungen, oft mit Gästen wie Architekten und Planern, inhaltlich mehr erläutert werden muss, wurde abgelehnt.

Vielen Ratsmitgliedern scheint ein schnelles Ende der Sitzungen wichtiger zu sein, als eine intensive Beratung mit dem Austausch von Argumenten zur richtigen Entscheidungsfindung. Desinteresse ist mit ein Grund für die vielen Fehlentscheidungen, denn ein Großteil der Mandatsträger ist nach wie vor „sprachlos“ in den Sitzungen.

Zusätzlich wurden die Fristen für die Einreichung von Anträgen zum Nachteil für die Fraktionen und die Ladungsfristen auf nur fünf Tage zum Nachteil für berufstätige Ratsmitglieder, welche etwas mehr Vorplanungszeit benötigen, verändert. Um diesen Ansprüchen für effektives Arbeiten gerecht zu werden, hatten wir vergeblich eine vierzehntägige Ladungsfrist und eine fünftägige Antragsfrist beantragt, was bei „Papierloser Ratsarbeit“ keinen Mehraufwand erzeugt.

Der Arbeitsaufwand für Ratsmitglieder wurde mit Hinblick auf die Entschädigungssatzung deutlich reduziert.

Trotz desolater Finanzlage greifen Ratsmitglieder bei der Entschädigung selbst kräftig zu

Trotz der desolaten Finanzlage wurden in der letzten Ratssitzung ***nur mit unseren Gegenstimmen*** die Entschädigungszahlungen für Ratsmitglieder deutlich erhöht, in einigen Positionen sogar verdoppelt. CDU, SPD, LiSa (Bündnis aus FDP/Grüne) und AfD sind bei einem solchen Thema, bei dem es um die reine Selbstbedienung geht, schnell einig.

Keiner wird gezwungen sein ehrenamtliches Ratsmandat wahrzunehmen! Daher dürfen die Entschädigungszahlungen auch nicht mit einem hohen Arbeitsaufwand begründet werden, denn diese sollen nur den materiellen Aufwand ausgleichen. Wir sehen an unserer Arbeit, dass die Aufwendungen nicht so hoch sind.

Aber von welchem Arbeitsaufwand sprechen die anderen Ratsmitglieder? Wir nehmen in den Sitzungen eher wahr, dass sich kaum jemand auf die Sitzungen inhaltlich vorbereitet. Man gewinnt oft den Eindruck, dass viele überhaupt nicht wissen, was sie gerade entschieden haben. Darüber hinaus werden wahrscheinlich auch die Protokolle nicht gelesen. Niemandem von CDU/SPD war aufgefallen, dass in einem Protokoll einer Ausschusssitzung die Hälfte des Berichts des Bürgemeisters gefehlt hatte. In Unkenntnis hätte man auch dem zugestimmt.

Würde dann noch eine Amts- oder Mandatshaftung greifen, welche es in Deutschland leider nicht gibt, müssten einige Ratsmitglieder eine Entschädigungszahlung für ihre Fehlentscheidungen, welche den Steuerzahler Millionen kosten, an die Staatskasse leisten.

Chancen der „Papierlosen Ratsarbeit“ für Einsparungen nicht genutzt

Mit unserem Antrag „Papierlose Ratsarbeit“ wollten wir eine „Win-win-Situation“ für beide Seiten schaffen. Für die Verwaltung deutliche Einsparungen durch die Reduzierung des Aufwandes, beispielsweise zur Erstellung der

Quelle: Ratssystem ALLRIS
CC e-gov GmbH

Vorlagen in Papierform, eine Einsparung von Versandkosten und für die Ratsmitglieder eine moderne und komfortable elektronische Arbeitsweise mit leichten und schnellen Tablet-PCs. Mit einer Umstellung auf eine „Papierlose Ratsarbeit“, hätten wir auch einer sehr moderaten Erhöhung der Entschädigungszahlungen von monatlich 20,00 Euro zugestimmt, welche für die ersten zwei Jahre als Vorschuss zur Beschaffung von Geräten gezahlt wird.

Nach der verabschiedeten Variante wird jetzt pro Wahlperiode zusätzlich eine Pauschale von 480 € plus monatlich 10 € gezahlt. Zu Einsparungen wird es nun nicht mehr kommen, denn im Gegenteil wird der Haushalt zusätzlich belastet. Hinzu kommt, dass nicht alle Ratsmitglieder offen für die neue Technik sind und diese nicht nutzen wollen. Dadurch gibt es kaum eine Reduzierung des Aufwands in der Verwaltung.

Da unsere Mandatsträger ihre Entschädigungszahlungen zu 100 Prozent auf unser Gemeinschaftskonto spenden, können wir durch diese Erhöhung unsere politische Arbeit ausbauen, öfter einen Flyer verteilen, Spenden für die Jugendarbeit weitergeben und bei unseren Ferienspaßaktionen etwas tiefer in den Geldbeutel greifen. Ob das die anderen Fraktionen bedacht haben :-)?